

AFI-Analyse zu Wohlfahrtsstaat Italien: Viel für Renten, wenig für Familien

Die unterschiedlichen Wohlfahrtsstaats-Modelle in Europa hat das Arbeitsförderungsinstitut AFI analysiert und die Sozialausgaben in Italien mit denen anderer europäischer Länder verglichen. „So können wir sehen, ob die Länder auf europäischer Ebene gemeinsam unterwegs sind und feststellen, wie treffsicher unsere Maßnahmen sind“, sagte LRin Martha Stocker bei der Vorstellung am 25. Februar in Bozen



LRin Martha Stocker, AFI-Präsident Toni Serafini und AFI-Direktor Stefan Perini stellen die Analyse zum Wohlfahrtsstaat Italien vor (FOTO:LPA/Angelika Schrott)

„In Europa braucht es mehr soziale Kohäsion und somit eine größere soziale Gerechtigkeit, was durch einen europäischen Mindest-Welfare erreicht werden kann“, erklärte **AFi-Präsident Toni Serafini**. Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt laut Serafini, dass Italien nicht unverhältnismäßig hohe Sozialausgaben hat. „Die Sozialausgaben betragen in Italien 29,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) oder 7017 Euro pro Kopf im Jahr und liegen damit genau im Schnitt der 27 EU-Mitgliedsstaaten“, erklärte Serafini.

„Solche Vergleiche zeigen uns, ob wir auf dem richtigen Weg sind und helfen, zu analysieren, ob Investitionen in Strukturen oder Transferleistungen passender sind“, unterstrich Arbeits-, Sozial- und Gesundheitslandesrätin Stocker. „Investitionen ins Soziale sind nicht nur als Kosten zu sehen, sondern vielmehr als Investitionen in die Zukunft, um Menschen zu helfen, neue Chancen zu ergreifen, was sich letztendlich auch auf andere Bereiche wie etwa die Wirtschaft positiv auswirkt“, sagte Stocker.

„Das italienische Wohlfahrtssystem ist sehr stark auf die Pensionen ausgelegt und investiert nur wenig in die Familien“, betont **Silvia Vogliotti, Hauptautorin der AFI-Studie**. So entsprechen die Rentenausgaben 51,4 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben bzw. 15 Prozent des BIP - im europäischen Schnitt sind es elf Prozent. „Außerdem schafft es das italienische Sozialsystem nur bedingt, einen nennenswerten Anteil an Personen aus der Armutsgefährdung zu holen“, sagte Vogliotti.

In Europa reiht sich Italien in Punkto soziale Gerechtigkeit laut AFI-Studie nur an die 23. Stelle. Die vordersten Ränge belegen die nordeuropäischen Länder, die universelle Leistungen, unabhängig von der Zugehörigkeitskategorie - und insbesondere Dienste - vorsehen sowie für die Familien fünf Mal so viel ausgeben wie Italien.

„Wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass wir alle in unserem Lebenszyklus früher oder später einmal Nutzer des Wohlfahrtsstaates sind und wir somit Bezahlende und Leistungsempfänger zugleich sind“, sagte **AFI-Direktor Stefan Perini**. Hohe Wirtschaftsleistungen seien eine gute Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, die aber politisch gewollt sein müsse, unterstrich Perini. „Außerdem müssen wir uns von der Vorstellung verabschieden, Sozialausgaben seien unproduktiv; sie sind in vielen Fällen ein Bestandteil des Wachstums und der Entwicklung“, erklärte der AFI-Direktor.

Die AFI-Studie kann von der Internetseite des Instituts unter: http://www.afi-ipl.org/images/pdf/welfare_1_de.pdf heruntergeladen werden.

http://www.provinz.bz.it/news/de/news.asp?news_action=4&news_article_id=486956